

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 46 | 18.11.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 180/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 59 Abs 2 des Telekommunikationsgesetzes 2021** durch den Verfassungsgerichtshof (Unsachlichkeit des erhöhten Bestandsschutzes des Standortrechts ausschließlich gegenüber Gebietskörperschaften)

### [BGBl II 411/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Republik Slowenien und Ungarn**

### [BGBl II 412/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Slowakischen Republik** geändert wird

### [BGBl II 413/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien und des Bundesministers für Finanzen über die Valorisierung der Familienbeihilfe, des Mehrkindzuschlags, des Kinderbetreuungsgelds, des Familienzeitbonus und des Kinderabsetzbetrags für das Kalenderjahr 2023 (**Familienleistungs-Valorisierungsverordnung 2023 – FamValVO 2023**)

### [BGBl II 414/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend die **Absonderung Kranker, Krankheitsverdächtiger und Ansteckungsverdächtiger und die Bezeichnung von Häusern und Wohnungen** geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 292 v 11.11.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/2192 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. November 2022 mit besonderen Bestimmungen zum Umgang mit Beeinträchtigungen der Programmdurchführung bei im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und des Ziels „**Europäische territoriale Zusammenarbeit**“ geförderten Kooperationsprogrammen des Zeitraums **2014-2020**

### [ABI L 295 v 16.11.2022, 47](#)

Beschluss (EU) 2022/2248 des Rates vom 14. November 2022 zur **Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 13.06.2022, [E 979/2021 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Irans bzw Iraks wegen mangelhafter Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage im Irak und der konkreten Rückkehrsituation im Hinblick auf einen Minderjährigen; Verletzung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Erlassung von Rückkehrentscheidungen, mangelnde Interessenabwägung sowie unzureichender Auseinandersetzung mit der Trennung von Mutter und Sohn

#### 25.08.2022, [E 3153/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

#### 19.09.2022, [V 188/2022-7](#) (Anlassfall [E 3909/2020](#))

**Sbg BaupolizeiG**; **Sbg RaumordnungsG**; Aufhebung einer Bestimmung eines **Bebauungsplans** einer Sbg Gemeinde betreffend die zwingende Voraussetzung einer **positiven Beurteilung des Gestaltungsbeirats** für die Erteilung einer Baubewilligung mangels gesetzlicher Grundlage; positives Sachverständigengutachten des Gestaltungsbeirats nicht aus dem Sbg RaumordnungsG und dem Sbg BaupolizeiG ableitbar

#### 20.09.2022, [E 4559/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **Erteilung eines Aufenthaltstitels und Erlassung einer Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen des Irak; mangelnde Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Bf und seiner Betreuungsleistungen für die Entwicklung seines Kinds

#### 20.09.2022, [E 374/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Asylstatus** betreffend einen Staatsangehörigen von Nigeria, mangelhafte Auseinandersetzung mit der Fehlbildung der Lippe eines Minderjährigen im Hinblick auf die Situation von Kindern mit Behinderung

20.09.2022, [E 509/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Asylstatus** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Würdigung der Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens durch Außerachtlassung der fehlenden Schulbildung des Bf

20.09.2022, [E 622/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Anordnung der **Außerlandesbringung** eines Staatsangehörigen von Syrien nach Malta im Rahmen eines Dublin-Verfahrens; keine Auseinandersetzung mit Länderberichten zu den Haftbedingungen für Dublin-Rückkehrer in Malta

20.09.2022, [E 1227/2022 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** jeweils durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan und eine Staatsangehörige des Irans; Mangelhaftigkeit der Begründung zur Untersagung jedweder Musikausübung durch die Taliban; Aufhebung auch der Entscheidung betreffend die iranische Staatsangehörige im Hinblick auf die Untersagung der Eheschließung im Iran

26.09.2022, [A 27/2021](#)

**VersicherungsvertragsG**; Abweisung einer – auf Ersatz der Prozesskosten eingeschränkten und dem Grunde nach zu Recht erhobenen – unionsrechtlichen Staatshaftungsklage gegen den Bund wegen **Obsiegens mit einem verhältnismäßig geringfügigen Teil des Anspruchs**; qualifizierter Verstoß gegen Unionsrecht und die Vorgaben des EuGH durch eine Bestimmung des VersicherungsvertragsG betreffend die **Beschränkung der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung auf den Rückkaufwert** im Falle eines Rücktritts von einem Lebensversicherungsvertrag; keine Möglichkeit einer „Sanierung“ im Auslegungsweg durch die ordentlichen Gerichte; kein Verstoß gegen Unionsrecht auf der Ebene der Vollziehung; Wirksamkeit des unionsrechtlichen Rücktrittsrechts bei fehlender oder rechtswidriger Belehrung vor Vertragsabschluss durch Tragung des wirtschaftlichen Risikos durch die Versicherungsnehmer beeinträchtigt

28.09.2022, [G 101/2022](#)

**ÄrzteG**; keine Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des ÄrzteG betreffend die Ermächtigung der Kurierversammlung bzw der Bundeskurie für ärztlichen Not- und Bereitschaftsdienst; Regelung im überwiegenden Interesse der im Selbstverwaltungskörper der jeweiligen Ärztekammer zusammengefassten Mitglieder; Ermächtigung betreffend die organisatorisch notwendige **Einrichtung eines ärztlichen Not- und Bereitschaftsdiensts** ist eine – innerorganisatorische Belange der niedergelassenen Ärzteschaft betreffende – **Aufgabe im eigenen Wirkungsbereich der Ärztekammer**

29.09.2022, [E 4450/2021](#)

**EpidemieG**; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** betreffend die **Zurückweisung einer Beschwerde** gegen eine Absonderung nach dem EpidemieG durch ein LVwG; Zuständigkeit der LVwG zur Entscheidung über Bescheidbeschwerden ohne zusätzliche einfachgesetzliche Zuständigkeitszuweisung bis zum Inkrafttreten der Novelle; Anfechtung von Absonderungsbescheiden mit Bescheidbeschwerde seit Aufhebung einer – nicht hinreichend bestimmten – Zuständigkeitsregel bei den LVwG

04.10.2022, [E 4429/2021](#)

**FremdenpolizeiG**; Verletzung im **Recht auf Freiheit und Sicherheit** durch die Anhaltung eines afghanischen Staatsangehörigen in **Schubhaft**; mangelhafte Einzelfall- und Verhältnismäßigkeitsprüfung im Hinblick auf die tatsächliche Realisierbarkeit einer zeitnahen Abschiebung vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Afghanistan

04.10.2022, [E 881/2022](#)

**FremdenpolizeiG**; Verletzung im **Recht auf Freiheit und Sicherheit** durch die Anhaltung einer tunesischen Staatsangehörigen in **Schubhaft**; Grobprüfung der asylrechtlichen Verfolgungsbehauptung der Homosexualität sowie der drohenden Zwangsverheiratung und damit des **Eingriffs in die sexuelle Selbstbestimmung** erfordert im Schubhaftverfahren die Einvernahme und Verhandlung durch einen Richter desselben Geschlechts

04.10.2022, [E 1948/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks mangels hinreichender Auseinandersetzung mit der innerstaatlichen Fluchialternative

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

18.10.2022, [Ra 2022/01/0226](#)

**SPG**; fehlt es an Entscheidungsverlangen nach § 89 Abs 4 SPG, so kommt dem VwG keine **Entscheidungskompetenz** zu; davon sind jede Entscheidung über die **Richtlinienbeschwerde** und eine damit verbundene Kostenentscheidung erfasst; im vorliegenden Fall hat der Rw nach der Aktenlage seine Beschwerde wegen Verletzung der Richtlinien-VO durch Voreingenommenheit nicht – wie vom VwG festgestellt – zurückgezogen, sondern „das Beschwerdebegehren um“ diesen Punkt „eingeschränkt“ und somit in diesem Punkt nicht eine Entscheidung des VwG verlangt; somit fehlt es in diesem Punkt an einem notwendigen Entscheidungsverlangen

18.10.2022, [Ra 2022/03/0077](#)

**Tir JagdG**; **Antrag auf Feststellung** eines **Eigenjagdgebiets** gem § 4 Abs 2 Tir JagdG ist entweder von sämtlichen Miteigentümern gemeinsam oder von einzelnen dieser Miteigentümer mit Zustimmung der übrigen einzubringen

19.10.2022, [Ro 2022/04/0001](#)

**DatenschutzG**; **Recht auf Geheimhaltung** gem § 1 Abs 1 DatenschutzG verkörpert kein **Recht auf bestimmte Leistung** und die Geltendmachung einer Verletzung im Recht auf Geheimhaltung ist nicht auf eine Handlung des Verantwortlichen ausgerichtet; eine erfolgte Verletzung durch unzulässige Ermittlung kann auch nicht durch eine Handlung (im vorliegenden Fall die Löschung der betreffenden Daten) gleichsam rückwirkend wieder beseitigt werden und unterscheidet sich damit von den datenschutzrechtlich gewährleisteten Rechten, denen durch eine bestimmte Leistung entsprochen werden kann

20.10.2022, [Ro 2019/06/0021](#)

**UVP-G**; bei der nach § 3 Abs 2 UVP-G vorzunehmenden **Einzelfallprüfung** geht es um Berücksichtigung kumulativer und additiver Effekte **gleichartiger Vorhaben**; in diese Prüfung sind alle gleichartigen Vorhaben in jenem Bereich, in dem sich die von ihnen bewirkten maßgeblichen Umweltauswirkungen erwartungsgemäß überlagern werden, einzubeziehen, dies unabhängig von dem von ihnen jeweils verursachten Beitrag zu den betreffenden Umweltauswirkungen; das bedeutet für den Fall der Kumulierung der Auswirkungen von Tierhaltungs- und/oder -aufzuchtbetrieben im Sinn von Anhang 1 Z 43 leg cit, dass zunächst die sich für die einzelnen Tierarten jeweils ergebenden Bestände aller in einem räumlichen Zusammenhang stehenden Vorhaben zu ermitteln und zu addieren sind und erst im Anschluss daran (gegebenenfalls) die in Anhang 1 Z 43 Spalte 3 lit b leg cit für gemischte Betriebe getroffene Regelung zur Anwendung gelangt

20.10.2022, [Ra 2021/06/0041](#)

**Vbg BauO**; § 6 Abs 4 lit b BauG enthält im Hinblick auf die Verwendung des Wortes „wie“ eine demonstrative und keineswegs abschließende Aufzählung **ebenerdig befestigter Flächen**; dieses Ergebnis entspricht auch dem sich aus den dargestellten erläuternden Bemerkungen ergebenden Willen des Landesgesetzgebers, der in diesem Zusammenhang „befestigte Verkehrsflächen“ ausdrücklich nennt; daraus folgt, dass für die gegenständliche Erschließungsstraße, die ebenerdig und befestigt ist, keine **Mindestabstände** einzuhalten sind

## **C. VERWALTUNGSGERICHTE**

LVwG OÖ 26.09.2022, [LVwG-652446](#)

**FührerscheinG-GesundheitsVO**; die Einnahme von Velmetia ist nicht als Einnahme „bestimmter Tabletten“ iSd § 11 FührerscheinG-GesundheitsVO anzusehen

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [15.11.2022, Rs C-646/20, Senatsverwaltung für Inneres und Sport](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von **Entscheidungen in Ehesachen** und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Ehescheidung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 2 Nr 4 und Art 21 – Begriff ‚Entscheidung‘ – **Anerkennung einer Eheauflösung** in einem Mitgliedstaat, über die die Ehegatten in einer Vereinbarung übereingekommen sind und die von einem Standesbeamten eines anderen Mitgliedstaats ausgesprochen wurde – Kriterium für die **Feststellung**, ob eine ‚Entscheidung‘ vorliegt

#### [17.11.2022, Rs C-147/20, Novartis Pharma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Unionsmarke** – Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 9 Abs 2 – Rechte aus der Marke – Art 15 – Erschöpfung des Rechts aus der Marke – **Parallelimport von Arzneimitteln** – Umpacken der mit der Marke versehenen Ware – Neue äußere Umhüllung – Widerspruch des Markeninhabers – Künstliche Abschottung der Märkte zwischen Mitgliedstaaten – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – Art 47a – Sicherheitsmerkmale – Ersetzung – Gleichwertige Sicherheitsmerkmale – Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 – Art 3 Abs 2 – Vorrichtung gegen Manipulation – Individuelles Erkennungsmerkmal

#### [17.11.2022, Rs C-204/20, Bayer Intellectual Property](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Marken** – Richtlinie (EU) 2015/2436 – Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken – Art 10 Abs 2 – **Rechte aus der Marke** – Art 15 – Erschöpfung der Rechte aus der Marke – Parallelimport von Arzneimitteln – Umpacken der mit der Marke versehenen Ware – Neue äußere Umhüllung – Widerspruch des Markeninhabers – **Künstliche Abschottung** der Märkte zwischen Mitgliedstaaten – Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – Art 47a – Sicherheitsmerkmale – Ersetzung – Gleichwertige Sicherheitsmerkmale – Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 – Art 3 Abs 2 – Vorrichtung gegen Manipulation – Individuelles Erkennungsmerkmal

#### [17.11.2022, Rs C-224/20, Merck Sharp & Dohme ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 34 und 36 AEUV – Freier Warenverkehr – **Geistiges Eigentum** – Marken – Verordnung (EU) 2017/1001 – Unionsmarke – Art 9 Abs 2 – Art 15 – Richtlinie (EU) 2015/2436 – Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken – Art 10 Abs 2 – Art 15 – Recht aus der Marke – Erschöpfung des Rechts aus der Marke – Parallelimport von Arzneimitteln – Umpacken der mit der Marke versehenen Ware – Neue äußere Umhüllung – Ersetzung der Marke auf der **äußeren Originalumhüllung** durch einen anderen Produktnamen – Wiederanbringen der produktspezifischen Marke des Inhabers auf der äußeren Originalumhüllung unter Ausschluss anderer Marken oder Unterscheidungszeichen auf dieser äußeren Originalumhüllung – Widerspruch des Markeninhabers – Künstliche Abschottung der Märkte zwischen Mitgliedstaaten – Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – Art 47a – **Sicherheitsmerkmale** – Ersetzung – Gleichwertige Sicherheitsmerkmale – Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 – Art 3 Abs 2 – Vorrichtung gegen Manipulation

#### [17.11.2022, verb Rs C-253/20 u C-254/20, Impexco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 34 und 36 AEUV – Freier Warenverkehr – Geistiges Eigentum – **Marken** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 2 – Art 13 – Richtlinie 2008/95/EG – Art 5 Abs 1 – Art 7 – Recht aus der Marke – Erschöpfung des Rechts aus der Marke – **Parallelimport von Arzneimitteln** – Referenzarzneimittel und Generikum – Wirtschaftlich miteinander verbundene Unternehmen – Umpacken des Generikums – **Neue äußere Verpackung** – Anbringung der Marke des Referenzarzneimittels – Widerstand des Markeninhabers – Künstliche Abschottung der Märkte zwischen Mitgliedstaaten

#### [17.11.2022, verb Rs C-331/20 P u C-343/20 P, Volotea/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – Beschluss der Europäischen Kommission betreffend Ausgleichsleistungen für sardische **Flughäfen** für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – Vorliegen rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen, die von der Italienischen Republik über Flughafenbetreiber an **Luftverkehrsunternehmen** gewährt wurden – Begriff der staatlichen Beihilfe – Nachweis des Vorliegens eines Vorteils – Bestimmung seiner Höhe – Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden privaten Wirtschaftsteilnehmers – Anwendbarkeit und Anwendung – Kriterium des privaten Erwerbers von Waren oder Dienstleistungen – Voraussetzungen – Beweislast

#### [17.11.2022, Rs C-562/20, Rodl & Partner](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verhinderung der Nutzung des **Finanzsystems** zum Zwecke der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie (EU) 2015/849 – Art 18 Abs 1 und 3 – Anhang III Nr 3 Buchst b – Risikobasierter Ansatz – Bewertung der Risiken durch die Verpflichteten – Risikoermittlung durch die Mitgliedstaaten und die Verpflichteten – Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden – **Verstärkte Sorgfaltspflichten** – Drittland mit hohem Korruptionsrisiko – Art 13 Abs 1 Buchst c und d – Nachweis- und Dokumentationsanforderungen an die Verpflichteten – Art 14 Abs 5 – Den Verpflichteten obliegende kontinuierliche Überwachung in Bezug auf Kunden – Veröffentlichung von Entscheidungen, mit denen eine Sanktion verhängt wird

#### [17.11.2022, Rs C-607/20, GE Aircraft Engine Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 26 Abs 1 Buchst b – Unentgeltliche Erbringung von Dienstleistungen – **Unentgeltliche Ausgabe** von **Einkaufsgutscheinen** an das Personal des Unternehmens des **Steuerpflichtigen** im Rahmen eines Anerkennungs- und Belohnungsprogramms – Dienstleistungen gegen Entgelt gleichgestellte Umsätze – Tragweite – Grundsatz der steuerlichen Neutralität

#### [17.11.2022, Rs C-54/21, ANTEA POLSKA ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2014/24/EU – **Grundsätze der Auftragsvergabe** – Art 18 – Transparenz – Art 21 – **Vertraulichkeit** – Ausgestaltung dieser Grundsätze im nationalen Recht – Recht auf Zugang zum wesentlichen Inhalt der von den Bietern übermittelten Informationen zu ihren Erfahrungen und Referenzen, zu den für die Ausführung des Auftrags vorgeschlagenen Personen, zur Konzeption der geplanten Projekte und zur Art und Weise der Ausführung – Art 67 – Zuschlagskriterien – **Kriterien** betreffend die **Qualität** der angebotenen **Arbeiten** oder **Dienstleistungen** – Erfordernis der Präzisierung – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 Abs 1 und 3 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Abhilfe bei Verletzung dieses Rechts durch die Weigerung, Zugang zu nicht vertraulichen Informationen zu gewähren

#### [17.11.2022, Rs C-175/21, Harman International Industries](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 34 und 36 AEUV – Freier Warenverkehr – **Geistiges Eigentum** – Unionsmarke – Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 15 – Erschöpfung des Rechts aus der Marke – Inverkehrbringen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – Zustimmung des Inhabers der Marke – Ort des ersten **Inverkehrbringens** der Waren durch den Inhaber der Marke oder mit seiner Zustimmung – Beweis – Richtlinie 2004/48/EG – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Tenor von Gerichtsentscheidungen, in dem die betreffenden Waren nicht bestimmt werden – Durchführungsschwierigkeiten – Beschränkter Rechtsbehelf bei dem für die Zwangsvollstreckung zuständigen Gericht – Fairer Prozess – Verteidigungsrechte – Grundsatz der **Waffengleichheit**

#### [17.11.2022, Rs C-230/21, Belgische Staat \(Réfugiée mineure mariée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Einwanderungspolitik** – Richtlinie 2003/86/EG – Art 2 Buchst f – Art 10 Abs 3 Buchst a – Begriff „**unbegleiteter Minderjähriger**“ – **Recht auf Familienzusammenführung** – Im Zeitpunkt seiner Ankunft im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verheirateter minderjähriger Flüchtling – In diesem Mitgliedstaat nicht anerkannte Kinderehe – Zusammenleben mit dem Ehegatten, der sich rechtmäßig in diesem Mitgliedstaat aufhält

#### [17.11.2022, Rs C-238/21, Porr Bau](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Abfälle** – Richtlinie 2008/98/EG – Art 3 Nr 1 – Art 5 Abs 1 – Art 6 Abs 1 – Aushubmaterial – Begriffe ‚**Abfall**‘ und ‚**Nebenprodukt**‘ – **Ende der Abfalleigenschaft**

#### [17.11.2022, Rs C-243/21, TOYA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Telekommunikation** – Richtlinie 2002/19/EG (**Zugangsrichtlinie**) – Art 8 Abs 3 – Richtlinie 2014/61/EU – Art 1 Abs 3 und 4 und Art 3 Abs 5 – Befugnis der **nationalen Regulierungsbehörde**, regulatorische Vorabverpflichtungen für den Zugang zur physischen Infrastruktur eines Netzbetreibers ohne beträchtliche Marktmacht aufzuerlegen – Fehlen eines Rechtsstreits über den Zugang

[17.11.2022, Rs C-304/21, Ministero dell'Interno \(Limite d'âge pour le recrutement des commissaires de police\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 2, Art 4 Abs 1 und Art 6 Abs 1 – **Verbot von Diskriminierungen** wegen des **Alters** – Nationale Regelung, die für die Einstellung von **Polizeikommissaren** eine **Höchstaltersgrenze** von 30 Jahren festlegt – Rechtfertigungsgründe

[17.11.2022, Rs C-443/21, Avicavil Farms](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** (GAP) – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EG) Nr 1698/2005 – Art 40 – Nationales Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007–2013 – **Zahlungen für Tierschutzmaßnahmen** – Berechnungsfehler – Kürzungen der Zahlungen durch die nationalen Behörden – Grundsatz des Vertrauensschutzes – Grundsatz der **Rechtssicherheit**

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

[17.11.2022, Rs C-123/21 P, Changmao Biochemical Engineering / Kommission \(GA Čapeta\)](#)

Rechtsmittel – Dumping – Bestimmung des **Normalwerts** – **Vergleichslandmethode** – Art 2 Abs 7 der Verordnung (EU) 2016/1036 – Nr 15 des Protokolls über den **Beitritt Chinas** zur **WTO** – Gerichtliche Kontrollbefugnis – Urteil Nakajima/Rat

[17.11.2022, Rs C-174/21, Kommission/ Bulgarien \(Double manquement – Pollution par les PM10\) \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Maßnahmen, die sich aus dem Urteil vom 5. April 2017, Kommission/Bulgarien (C-488/15, EU:C:2017:267) ergeben – Richtlinie 2008/50/EG – **Qualität der Umgebungsluft** – Grenzwerte für den Schutz der menschlichen Gesundheit – **Feinstaub** (PM10) – **Überschreitung** – Zulässigkeit der Klage – Aufforderung zur Stellungnahme – Darlegung des Verstoßes – Luftqualitätspläne – Anforderungen – Zwangsgeld – Pauschalbetrag

[17.11.2022, Rs C-544/21 P, Kommission/ Calhau Correia de Paiva \(GA Medina\)](#)

Rechtsmittel – **EPSO-Auswahlverfahren** – Einrede der Rechtswidrigkeit – 277 AEUV – Zulässigkeit – Bekanntmachung des **Auswahlverfahrens** – **Sprachenregelung** – Beschränkung der Wahl der zweiten Sprache des Auswahlverfahrens auf Deutsch, Englisch oder Französisch – **Anfechtung** der Bekanntmachung des Auswahlverfahrens zu einem späteren Zeitpunkt während des Auswahlverfahrens – Grundlage der individuellen Entscheidung oder unmittelbarer rechtlicher Zusammenhang

[17.11.2022, Rs C-580/21, EEW Energy from Waste \(GA Kokott\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2009/28/EG – Förderung der Nutzung von **Energie aus erneuerbaren Quellen** – Art 5 Abs 3 – Art 16 Abs 2 Buchst. c – Erzeugungsanlage, in der erneuerbare Energiequellen eingesetzt werden – Gemischte Abfälle, die einen Anteil biologisch abbaubarer Abfälle aus Industrie und Haushalten enthalten – Vorrangige Inanspruchnahme bei der **Stromeinspeisung** in das Netz – Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung dieses Vorrangs

## **C. GERICHT**

[16.11.2022, Rs T-469/20, Niederlande/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Niederländisches Gesetz** über das **Verbot** der Verwendung von **Kohle** für die **Stromerzeugung** – Vorzeitige **Stilllegung eines Kohlekraftwerks** – Gewährung einer Entschädigung – Beschluss, keine Einwände zu erheben – Beschluss, mit dem die Entschädigung für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Fehlende ausdrückliche Einstufung als **staatliche Beihilfe** – Nichtigkeitsklage – Anfechtbare Handlung – Zulässigkeit – Art 4 Abs 3 der Verordnung (EU) 2015/1589 – Rechtssicherheit

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.11.2022, Beschwerde Nr [2317/20](#), *The Karibu Foundation/Norwegen*

**Keine Verletzung** von Art 1 1.ZP EMRK (Schutz des Eigentums), Unmöglichkeit für Bf, den Erbpachtzins für die Bewohner der Wohnungen auf ihrem Grundstück aufgrund der gesetzlichen „Mietobergrenze“ auf das gewünschte Niveau anzuheben, genaue und sachdienliche Prüfung der Anforderungen der Bestimmung um die in der Rechtssache Lindheim ua/Norwegen festgestellten Mängel in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu beheben, gerechter Interessensausgleich, Ermessensspielraum nicht überschritten

10.11.2022, Beschwerde Nr [25426/20](#), *I.M. ua/Italien*

**Verletzung** von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), Kinder mussten sich gegen den Willen der Mutter mit gewalttätigem Vater treffen, keine Risikobewertung und Interessenabwägung, Verkennung des besten Interesses der Kinder, weit verbreitete Praxis der Gerichte, Frauen als „unkooperative“ Eltern einzustufen, die sich unter Berufung auf häusliche Gewalt gegen Treffen ihrer Kinder mit ihrem Ex-Ehepartner wehren

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschlager, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.